

SEPTEMBER '25 / N°3



GREENFO

MAGAZIN DER GRÜNEN SCHWEIZ

- › FÜR DIE KLIMATOLOGIN MARTINE REBETEZ IST KLAR: NICHTSTUN IST TEUER 3
- › DEEP SEA MINING: HÄLT DIE KLEINE SCHWEIZ TRUMP AUF? 6
- › E-ID: JA ZU EINER NEUEN DIGITALEN IDENTITÄT IN ÖFFENTLICHER HAND 7

ABSCHAFFUNG
DES EIGEN-
MIETWERTS
NEIN

**KLIMAFONDS MACHT
ANPASSUNG MÖGLICH**





WIR HABEN EINEN PLAN GEGEN DIE HITZE-HÖLLE

Die Sommermonate sind längst nicht mehr nur ein Grund zur Freude. Seit einigen Jahren fürchte ich die extremen Temperaturen: In der Genfer Innenstadt, mit zwei kleinen Kindern, ist die Hitze erdrückend. Die Nächte sind zermürend, weil es wegen des Strassenlärms unmöglich ist, mit offenen Fenstern zu schlafen. Die Rutschbahnen werden glühend heiss und der Gang über den brennend heissen Asphalt ist eine Qual. Für die Verletzlichsten – ältere Menschen, Kleinkinder oder Menschen, die draussen arbeiten – verwandeln sich die Städte in eine Hitze-Hölle.

Hitzewellen verschärfen soziale Ungleichheiten. Und sie töten schon heute. Wir wollen keine Schweiz, in der sich nur die Reichsten schützen können, während alle anderen sich selbst überlassen bleiben. Hitzewellen

müssen, wie andere Naturkatastrophen mit der gleichen Dringlichkeit behandelt werden – mit umfangreichen Mitteln, um die gesamte Bevölkerung zu schützen. Es ist eine Frage der öffentlichen Gesundheit. Dazu braucht es besseren Schutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, eine Offensive zur Gebäudedämmung, die Umgestaltung unserer Städte sowie Klimaanlagen in Spitälern, Altersheimen und Kindertagesstätten. Die gute Nachricht: Mehr Grün und Wasser sowie weniger Autos und Beton reduzieren nicht nur die Hitze, sondern machen unsere Städte auch lebenswerter.

Die Grünen in den Gemeindereregierungen handeln lokal, aber auf nationaler Ebene baut die rechte Mehrheit den Klimaschutz ab. Um voranzukommen, müssen wir die Rahmenbedingungen

auf Bundesebene verändern: ein Stopp der Arbeit im Freien bei grosser Hitze ohne Lohneinbussen, Mietsenkungen während Hitzewellen, wenn Vermieter*innen bei fehlender ökologischer Sanierung keine wirksamen baulichen Massnahmen gegen Überhitzung ergreifen oder ein Recht auf Schatten im öffentlichen Raum als Grundversorgung. Und mehr denn je gilt: Wir müssen in den Klimaschutz investieren. Unsere Initiative für einen Klimafonds ist eine entscheidende Antwort. Will das Parlament nicht zuhören? Dann organisieren wir den Widerstand – gemeinsam mit der Bevölkerung.

Lisa Mazzone
Präsidentin GRÜNE Schweiz
 lisazzone

Impressum

Greenfo – Magazin der GRÜNEN Schweiz
Waisenhausplatz 21, 3011 Bern
031 326 66 00
www.gruene.ch – gruene@gruene.ch
Auflage: 8900 Exemplare
Redaktion: Marjorie Spart, Florian Wüstholtz
Übersetzung: Florian Wüstholtz
Layout: Tom Wahli
Druck: Bubenberg Druck
Fotos: Hussain Deabil (S.1), Austris Augusts (S.2), KEYSTONE (S.3), Tom Wahli (S.4, S.6), Beatrice Devènes (S.6), Monika Flückiger (S.4, S.5), zvg (S.7, S.8)

Erscheint vierteljährlich
Jahresabonnement: CHF 20 (für Mitglieder im Mitgliederbeitrag inbegriffen)
Unterstützen Sie die GRÜNEN mit Ihrer Spende: IBAN CH02 0900 0000 8002 6747 3 oder www.gruene.ch/spenden

BOOST FÜR DIE SOLAR-INITIATIVE

Jetzt wird's ernst! Wir haben nur noch vier Monate, um 45 000 Unterschriften für unsere Solar-Initiative zu sammeln. Darum: Ran an die Stifte, schnappen Sie sich ein Sammelbrettli und helfen Sie mit, so schnell wie möglich die noch fehlenden Unterschriften zu sammeln. Gemeinsam schaffen wir die Energiewende!
www.solar-initiative.info



NEUES KURSPROGRAMM BEI

Haben Sie Interesse an einer spannenden Weiterbildung? Als Mitglied der GRÜNEN erhalten Sie eine Ermässigung auf Kurse von «Movendo» – dem Bildungsinstitut der SGB-Gewerkschaften. Infos und Programm unter www.movendo.ch / 058 218 00 00



«DIE VERÄNDERUNGEN PASSIEREN ENORM SCHNELL»

Beim Bergsturz von Blatten verschütteten rund 10 Millionen Kubikmeter Eis und Fels das Bergdorf Blatten. Was das mit der Klimakrise zu tun hat, erklärt die WSL-Klimaforscherin Martine Rebetez.



Martine Rebetez, Professorin für Klimatologie an der Universität Neuenburg und am Forschungsinstitut WSL.

Hat Sie, als Klimatologin, die Katastrophe in Blatten überrascht?

Nicht wirklich überrascht, denn wir wussten, dass ein solches Ereignis möglich war. Aber das Ausmass hat mich doch schockiert.

Wie hängt das mit der Klimakrise zusammen?

Bei einem einzelnen Ereignis ist es immer schwierig, auf die Schnelle genau zu sagen, wieviel die höheren Temperaturen dazu beigetragen haben. Aber die Faktenlage ist klar: Wir beobachten seit Jahrzehnten eine starke Häufung solcher Ereignisse: insbesondere Bergstürze, Steinschlag und Murgänge. Die Ursache dafür ist die rasche Destabilisierung in den alpinen Zonen – insbesondere im

Bereich der Gletscher und des Permafrosts. Diese Veränderungen gab es schon früher, aber aktuell passieren sie enorm schnell.

Womit hängt das zusammen?

Die stetige Erwärmung der Atmosphäre ist der Hauptgrund. Sie lässt das Eis in den Gletschern und im Permafrost immer schneller schmelzen. Daneben gibt es mehr Extremniederschläge. Und schliesslich steigt die Schneefallgrenze. Das führt dazu, dass Niederschläge öfter in grossen Mengen sofort abfliessen und Überschwemmungen und Murgänge auslösen.

Heisst das, dass das Leben in den Alpen in Zukunft unmöglich wird?

Im Gegenteil! Wir müssen dieses Leben und die Siedlungen erhalten – auch aus Eigeninteresse, denn die Temperaturen in den Niederungen werden immer höher. Die bewohnten Täler in den Alpen werden als Rückzugsort immer

wichtiger. Das bedeutet auch, dass wir sie vor den Folgen der Klimakrise schützen müssen.

Wie genau?

Am wichtigsten ist: Wir müssen so schnell wie möglich aus den Fossilen aussteigen. Die dafür nötigen Technologien sind da und sie sind günstig. Doch die Erdöllobby verzögert diesen Fortschritt. Das ist eine Katastrophe für die Menschheit.

Und was ist mit den Folgen, die bereits heute sichtbar sind?

Studien sind sich einig: Die Kosten des Nichthandelns sind viel höher als die Kosten der sofortigen Veränderung und Anpassung. Zum Beispiel im Gesundheitsbereich. Die Milliarden für die Fossilen würden wir besser in die Transformation investieren. Wir müssen Infrastrukturen, Gebäude und Menschen schützen – und es braucht Investitionen, um die gesellschaftliche Transition sozial abzufedern.

MEHR MITTEL FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Wie Martine Rebetez im Interview erklärt, gefährdet die Abhängigkeit von Öl und Gas unsere Zukunft. Für die Transformation braucht es sinnvolle und soziale Investitionen. Die Klimafonds-Initiative sorgt dafür: Mit jährlich 0.5 bis 1% des BIP aus einem staatlichen Fonds. Die Initiative fördert zudem das Energiesparen, einheimische Alternativen und Versorgungssicherheit.

Doch die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat und im Nationalrat steckt den Kopf in den Sand. Sie lehnen die Klimafonds-Initiative kompromisslos ab. Obwohl die Bevölkerung mit dem Stromgesetz und dem Klimaschutzgesetz verbindliche Klimaschutzziele festgelegt hat. Mit den bislang beschlossenen Massnahmen erreicht die Schweiz nicht einmal das von der Stimmbürgerbevölkerung beschlossene Ziel von Netto-Null-Emissionen bis 2050. Unsere Antwort auf diese Realitätsverweigerung: ein starker Abstimmungskampf und der Sieg an der Urne.

Jetzt für die Zukunft spenden: www.gruene.ch/klimafonds-initiative



DIE ZERSTÖRUNG DER OZEANE VERHINDERN

Im April 2025 unterzeichnete Donald Trump ein Dekret, das den Tiefseebergbau erlaubt. Das Unternehmen Allseas mit Hauptsitz in der Schweiz will sich daran beteiligen. Dabei hat die Schweiz ein Moratorium gegen die Ausbeutung des Meeresbodens unterzeichnet. Nationalrat VD, Raphaël Mahaim setzt sich im Parlament gegen diese Praxis ein, die fragile, einzigartige und wenig bekannte Ökosysteme bedroht. Aber auch für die Einhaltung des internationalen Rechts.



Raphaël Mahaim
Nationalrat VD
@raphael.mahaim

Kann Trump den Tiefseebergbau in US-amerikanischen und auch in internationalen Gewässern erlauben?

In den US-Hoheitsgewässern hat die Trump-Regierung einen gewissen Handlungsspielraum. Die zuständige UN-Behörde (Internationale Meeresbodenbehörde, IMSA) hat jedoch eine Mitteilung herausgegeben, in der sie die Bestrebungen Trumps verurteilt. Die Tiefsee ist ein «gemeinsames Erbe der Menschheit», dessen Ausbeutung Trump nicht im Alleingang genehmigen kann. Zwar haben die USA das Internationale Seerechtsübereinkommen nicht ratifiziert, aber der Schutz der Tiefsee hat im Völkerrecht den Charakter von Gewohnheitsrecht und gilt daher für alle Staaten.

Darf sich Allseas daran beteiligen, obwohl die Schweiz das Moratorium gegen die Ausbeutung des Meeresbodens unterzeichnet hat?

Die Situation ist klar: Da Allseas eine zentrale Rolle in Trumps Projekt spielen würde, kann die Schweiz eine Beteiligung an dieser Ressourcenausbeutung nicht zulassen. Denn sie hat das UN-Seerechtsübereinkommen ratifiziert.

Du hast den Bundesrat gefragt, was er gegen Allseas' Teilnahme unternehmen will. Was hat er geantwortet?

Der Bundesrat hat geantwortet, dass er sich der internationalen Verpflich-

tungen bewusst sei und grosse Zweifel an der Vereinbarkeit des Projekts mit dem Völkerrecht habe. Von einer direkten Intervention bei Allseas sehe er ab, da das US-Projekt noch nicht weit genug fortgeschritten sei.

Hätte die kleine Schweiz also die Macht, Trumps Pläne zu durchkreuzen?

Ja! Dies ist ein hervorragendes Beispiel für die Bedeutung der Schweiz auf der internationalen Bühne. Wenn die Schweiz die Einhaltung des Rechts an erste Stelle setzt, kann sie Trumps verhängnisvolle Pläne durchkreuzen.

Was wirst du als Nationalrat und Anwalt tun, um Allseas von der Zerstörung des Ozeans abzuhalten?

Als Nationalrat werde ich im Parlament mit Unterstützung der NGOs einen konstanten Druck auf den Bundesrat aufrechterhalten. Die Schweiz darf sich keinesfalls an einem Verstoss gegen internationales Recht mitverschulden. Als Anwalt unterstütze ich die NGOs in den USA dabei, alle Möglichkeiten zu prüfen, damit wir schnell handeln können, falls sich die Lage zuspitzt.

SCHÜTZEN WIR DIE OZEANE – UNTERZEICHNEN SIE DEN APPELL!

Beim Tiefseebergbau, auch Deep Sea Mining genannt, wird der Meeresboden auf der Suche nach Kobalt, Nickel oder seltenen Erden umgegraben. Diese Praxis schadet dem empfindlichen und unbekanntem Ökosystem der Tiefsee und gefährdet das Gleichgewicht der Meere. Die Schweiz hat deshalb gemeinsam mit mehr als 30 Ländern ein Moratorium gegen Deep Sea Mining unterzeichnet.

Doch es ist inakzeptabel, dass ein Schweizer Unternehmen dabei hilft, durch Tiefseebergbau die Zerstörung der Ozeane voranzutreiben. Um dies zu verhindern, haben die GRÜNEN einen Appell an den Bundesrat gerichtet: Er muss dringend alle Aktivitäten des Unternehmens Allseas im Tiefseebergbau stoppen:

www.gruene.ch/deepseamining-appell



KONZERNE MÜSSEN ENDLICH VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN!

Die zweite Auflage der Konzernverantwortungsinitiative hat in bloss sechs Monaten 287 000 Unterschriften gesammelt! Das beweist nach der Abstimmung von 2020 erneut, dass die Bevölkerung verbindliche Regeln für Schweizer Konzerne will: Diese sollen bei ihren Geschäften Menschenrechte und Umweltstandards einhalten und klimaschädliche Emissionen reduzieren. Im zweiten Anlauf werden wir es schaffen!

www.konzernverantwortung.ch

28.9.

DIE NEUE E-ID: DIGITALER SERVICE PUBLIC MIT GRÜNER HANDSCHRIFT

Vier Jahre nach der zu Recht abgelehnten, privatisierten e-ID könnte die Schweiz nun mit einem Ja am 28. September eine staatliche, sichere und kostenlose elektronische Identität erhalten. Diese neue e-ID ist ein digitalpolitischer Meilenstein – und sie trägt eine klare grüne Handschrift.

Gegen die erste e-ID-Vorlage engagierten wir GRÜNE uns 2021 entschieden. Nach dem wuchtigen Nein an der Urne lancierten wir umgehend eine neue überparteiliche Motion. Sie legte den Grundstein für eine öffentliche, gemeinwohlorientierte Lösung. Damit wurde nicht nur der Weg frei für ein neues Gesetz – sondern auch für ein inklusives und transparentes Vorgehen: In einem gemeinschaftlichen Prozess entwickelten Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft die technischen Grundlagen als digitale Gemeingüter. Dieser partizipative Ansatz ist für Bundesprojekte noch ungewohnt, hat aber massgeblich zum Erfolg beigetragen.

Obwohl Bundesrat, Parlament, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaftsverbände und alle grossen Parteien hinter der neuen e-ID stehen, wurde das Referendum ergriffen – von der Piratenpartei sowie rechtsextremen Kreisen wie Massvoll oder den Freunden der Verfassung. Hinter ihren vorgeschobenen Sicherheitsbedenken verbirgt sich ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem Staat. Sie wollen verhindern, dass dieser überhaupt eine digitale Identität herausgibt. Eine Ablehnung des Gesetzes würde für privatwirtschaftli-

che Alternativen aber Tür und Tor öffnen und der Big Tech noch mehr Gelegenheit geben, aus unseren Daten Profit zu schlagen.

Datenschutz und Datenminimierung

Dabei ist das neue Gesetz ein Vorbild in Sachen Datenschutz und Datenminimierung: Bei einem Altersnachweis würde etwa nur abgefragt, ob man alt genug ist – Geburtsdatum, Name oder andere persönliche Daten blieben privat. Das stärkt die Privatsphäre, schützt insbesondere Jugendliche im Netz und ist ein echter Fortschritt gegenüber der heute allgegenwärtigen Datensammelerei.

Hinzu kommt: Die Infrastruktur bleibt in öffentlicher Hand. Die e-ID ist ein Service Public, welcher der Allgemeinheit dient. Ihr Nutzen ist breit: Verträge unterzeichnen, Bankkonten eröffnen, Auszüge bestellen – einfach, sicher, digital. Auch Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden könnten künftig elektronisch gesammelt werden. Nach dem Unterschriftenbetrug von 2024 ist das ein zentraler Beitrag zur Stärkung unserer direkten Demokratie.

In Zeiten von Deepfakes und KI-Fälschungen wird digitales Vertrauen

zudem zur neuen Währung. Eine staatlich verifizierte, fälschungssichere digitale Identität ist essenziell, um sich im digitalen Raum sicher bewegen zu können – im Privaten wie im Politischen.

Mit einem Ja zur e-ID gewinnen wir ein Stück digitale Selbstbestimmung zurück – und schaffen die Grundlage für eine vertrauenswürdige, gemeinwohlorientierte digitale Zukunft.



Gerhard Andrey
Nationalrat FR
✉ anderageru.bsky.social



www.ja-zur-eid.ch/de

NEIN ZUR VERSCHÄRFUNG DER UNGLEICHBEHANDLUNG

Die Vorlage zur Abschaffung des Eigenmietwerts ist unausgewogen. Sie führt zu massiven Steuerausfällen, begünstigt Wohlhabende, schadet der Energiewende und belastet die ohnehin leidenden Mieter*innen zusätzlich.

Einmal mehr soll der Eigenmietwert abgeschafft werden. Dagegen wehren sich die GRÜNEN nicht per se. Aber einmal mehr ist es eine untaugliche Vorlage. Denn sie verschärft die steuerliche Ungleichbehandlung von Mieter*innen und Eigentümer*innen. Und Bund, Kantone und Gemeinden verlieren massiv Einnahmen. Die Folge: unsoziale und klimaschädliche Sparpakete, die die wirtschaftlich Schwächeren treffen.

Zugegeben: Der Eigenmietwert ist nicht einfach zu erklären, aber er erfüllt seine Funktion. Dank ihm werden Mieter*innen und Eigentümer*innen steuerlich gleichbehandelt. Wer aus Wohneigentum Ertrag erzielt, muss diesen versteuern – eine Miete kann dagegen nicht von den Steuern abgezogen werden. Das ist fair. Eigentümer*innen können auch Steuerabzüge bei Investitionen in ihre Liegenschaften machen. Das fördert energetische Sanierungen und

bekämpft Schwarzarbeit. Im Gegenzug braucht es aber den Eigenmietwert – Mieter*innen haben nämlich keine vergleichbaren Möglichkeiten.

Bremse für die Energiewende

Die jetzige Vorlage stellt dieses System auf den Kopf und verschlimmert die Situation der Mieter*innen. Es drohen Steuerausfälle in Milliardenhöhe und ein massiver Rückschritt beim Klimaschutz, denn künftig wären Neubauten gegenüber Sanierungen steuerlich begünstigt. Mieter*innen profitieren von der Vorlage jedoch nicht. Es drohen Mehrkosten von 500 Franken pro Haushalt und Jahr. Die Wohlhabenden würde es freuen, denn der Eigenmietwert unterliegt heute der Steuerprogression – die Abschaffung spült mehr Geld in ihre Kassen als bei anderen. Und Studien zeigen, dass Wohnungen und Häuser teurer werden. So können sich Wohneigentum bald nur noch Wohlhabende leisten.

Gerade für strukturschwache Regionen ist die Abschaffung des Eigenmietwerts auf Zweitliegenschaften eine grosse Gefahr. Es profitieren jene, die ihre Zweitliegenschaften nicht vermieten und jene, die kaum Investitionen tätigen. Ob die als Ausgleich gedachte Liegenschaftssteuer das kompensieren kann, steht in den Sternen – muss sie doch erst noch kantonale Mehrheiten finden. Mit ein Grund, weshalb sich die Gebirgskantone vehement gegen die Vorlage gewehrt haben.

Es zeigt sich: Die Vorlage ist unausgewogen, führt zu massiven Steuerausfällen, untergräbt die Energiewende und ist abzulehnen. Deshalb sagen die GRÜNEN am 28. September Nein zur Abschaffung des Eigenmietwerts.



Mathias Zopfi
Ständerat GL
@mathiaszopfi

POLITISCH, SICHTBAR, VERNETZT WIR GRÜNDEN EIN MIGRA*NETZWERK!

Der gesellschaftliche Wohlstand in der Schweiz ist ohne Migrant*innen nicht denkbar. Wir arbeiten, pflegen, organisieren, kämpfen – und gestalten das Land seit Jahrhunderten mit. Auch bei den GRÜNEN sind viele Menschen mit Migrationsgeschichte aktiv. Aber unsere Perspektiven und Anliegen spiegeln sich noch zu selten in den Strukturen, den Entscheidungen und der Politik wider.

Deshalb entsteht ein Netzwerk für

Menschen mit Migrationsgeschichte innerhalb der GRÜNEN. Es soll ein Ort des Austauschs, der gegenseitigen Stärkung und des politischen Empowerments werden. Gemeinsam wollen wir neue Impulse setzen, Strukturen mitgestalten und deutlich machen: Wir sind viele und unsere Stimmen zählen.

Wenn du dich angesprochen fühlst, Lust auf Vernetzung hast oder eigene Erfahrungen und Ideen einbringen

möchtest: Mach mit beim Aufbau. Das Netzwerk lebt von allen, die es mitgestalten wollen. Mehr Infos findest du auf unserer Website unter Netzwerke.

www.gruene.ch



Jelena Filipovic
Leiterin Kommunikation
und Kampagnen
GRÜNE Schweiz

JUNGE MENSCHEN MIT FREUDE AUF DER BASIS VON FAKTEN INFORMIEREN

Im April wurde Sheldon Masseraz, 26-jährig und aus Sitten, ins Co-Präsidium der Jungen Grünen gewählt. Zuvor war Sheldon im Co-Präsidium der Walliser Sektion und vertieft nun das Engagement auf nationaler Ebene.

Weil ich den brennenden Wunsch hatte, Lösungen für soziale und Umweltprobleme zu entwerfen, bin ich 2020 den Jungen Grünen beigetreten. Die Politik schien mir der beste Weg zu sein, um etwas zu bewegen – immerhin steht sie im Zentrum der Gestaltung unserer Gesellschaft. Zunächst war ich im Wallis aktiv, wo ich vier Jahre lang im Co-Präsidium der Sektion amtierte. Daneben unterstützte ich den Walliser Nationalrat Christophe Clivaz in der Parlamentsarbeit und arbeite beim Amt für Wasser und Abfall des Kantons Bern.

Weil ich an nationalen Kampagnen und Veranstaltungen immer aktiv war, wollte ich mich auf dieser Ebene stärker einsetzen, um für grüne und

fortschrittliche Ideen zu kämpfen. Seit meiner Wahl ins Co-Präsidium konnte ich organisatorisch und menschlich bereits enorm viel lernen – und trotz der Intensität macht dieses Amt auch sehr viel Spass.

Schaue ich auf unsere laufenden Projekte, so freue ich mich auf das Referendum gegen die Abschaffung des Zivildienstes. Die wiederholten Angriffe der Rechten auf diese für die Schweiz so nützliche Institution sind unerträglich. Doch ebenso freue ich mich über den Start unseres neuen französischsprachigen Podcasts. Der Titel der ersten Episode lautet: «Warum ist Politik bei Jungen nicht sexy?» Wie der Titel schon suggeriert, bin ich überzeugt, dass Politik für

junge Menschen attraktiver werden muss, damit die Basis der Aktivist*innen und Wählenden gefestigt und erweitert wird.

Wir müssen unsere Weltanschauung und Ideen verbreiten, indem wir informieren und Fakten aufzeigen und dies mit Freude tun. Letztendlich sind es unsere Lebensfreude, Offenheit und Ideen – getragen von verlässlichen, hochwertigen Informationen –, die die beste Waffe gegen eine immer extremere und entfremdete Rechte bilden.



Sheldon Masseraz
Co-Präsidium
Junge Grüne

FÜR EINEN ZIVILDIENTST MIT ZUKUNFT

Zivildienstleistende übernehmen heute viel Verantwortung für unsere Gesellschaft. Trotzdem wollen die Bürgerlichen diesen Ersatzdienst weiter schwächen. Als Junge Grüne befinden wir uns deshalb mitten in der Planung eines Referendums gegen diesen Beschluss.

Sie betreuen Senior*innen, pflegen unsere Berggebiete und arbeiten in heilpädagogischen Schulen mit Kindern mit Behinderungen. Sie helfen auf Bauernhöfen aus und übernehmen in Kitas Care-Arbeit. Kurz: Sie springen dort ein, wo wir als Gesellschaft mit am meisten darauf angewiesen sind.

Die Rede ist von Zivildienstleistenden. Durch ihren Dienst tragen sie unumstritten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Dennoch hat der Nationalrat in der vergangenen Sommersession höhere Hürden für den Zugang zum Zivildienst durchgewunken. Der Ständerat wird diesem Beschluss im September höchstwahrscheinlich folgen.

Insgesamt würde der Zivildienst dadurch noch unattraktiver werden, als dies heute bereits der Fall ist. Künftig muss beispielsweise der lange Einsatz bereits im ersten Jahr nach Zulassung geleistet werden, danach folgt – anders als heute – eine jährliche Einsatzpflicht. Besonders verschärft wird der Zugang für Menschen, die vom Militär in den Zivildienst wechseln. Nach einem solchen Wechsel müssen neu mindestens 150 Tage Zivildienst geleistet werden. Und dies, obwohl Zivildienstleistende heute bereits eine eineinhalbmal so lange Dienstdauer auf sich nehmen müssen, als dies im Militär der Fall wäre.

Dass die Bürgerlichen ihrer strategielo-

sen Rüstungs- und Sicherheitspolitik auch noch den Zivildienst opfern – das geht zu weit. Als Junge Grüne haben wir deshalb aus all diesen Gründen beschlossen, ein allfälliges Referendum tatkräftig zu unterstützen, falls auch der Ständerat diese verantwortungslose Gesetzesänderungen abnickt.



Magdalena Erni
Co-Präsidium
Junge Grüne



CLARENCE CHOLLET : SEIT 20 JAHREN DIE ETABLIERTE ORDNUNG HERAUSFORDERN

Fast zwanzig Jahre nach meinen ersten Schritten bei den GRÜNEN bin ich im letzten Juni in den Nationalrat eingezogen. Damit beginnt eine neue Etappe in meinem Engagement, das immer tief in der Natur und im Aktivismus verwurzelt war.

Als ich im Herbst 2006 in den Neuenburger Bergen zum ersten Mal durch die Tür zu einem Treffen der GRÜNEN ging, war ich etwas eingeschüchtert. Aber ich war auch voller Vorfreude, mich für unseren Planeten einzusetzen. Auf der anderen Seite der Tür empfing mich ein herzliches Team unter der Leitung von Fabien Fivaz. Seit dem 2. Juni 2025 bin ich nun seine Nachfolgerin im Nationalrat. Das ist eine grosse Ehre – und es ist eine wunderbare Anerkennung für Jahre des Engagements und der kollektiven Arbeit.

Zu Beginn politisierte ich bei den Jungen Grünen, deren Neuenburger Sektion damals von Céline Vara präsidiert wurde. Es war ihre Wahl in den Staatsrat, die Fabien Fivaz in den Ständerat katapultierte und mich in den Nationalrat. Was für eine bedeutsame Rochade von drei ehemaligen jungen Grünen. Sie beweist die Fähigkeit unserer Partei, einen starken und motivierten Nachwuchs auszubilden.

Bereits früh wurde meine Verbundenheit mit der Natur in einem alten und abgelegenen Bauernhof im Vallée de La Sagne geprägt. Nebst einer guten Portion Pragmatismus habe ich aus meiner Kindheit auch einen tiefen Respekt vor der Natur und den Menschen, die in ihr arbeiten, bewahrt. Bei den Jungen Grünen konnte ich meinen Willen, allzu einfach Kompromisse in Frage zu stellen und die etablierte Ordnung herauszufordern, weiter schärfen. Gerade beim zweiten Punkt ist sich meine Familie einig, dass ich diese Motivation schon früh verkörperte.

Nach zwei Jahren an der Spitze der Jungen Grünen Neuenburg übernahm ich 2012 das Kantonalpräsidium – obwohl ich mit meinem ersten Kind schwanger war und kein politisches Mandat hatte. Eine ziemliche Herausforderung, die ich vier Jahre lang bewältigte – mit einem zweiten Kind auf dem Weg. Kaum hatte ich das Präsidium übergeben, wurde ich in den Grossen Rat gewählt. Auf

mich warteten acht Jahre spannender Abenteuer und die Bereicherung durch ein drittes Kind. In diesen Jahren setzte ich mich erfolgreich für die Einführung eines vierwöchigen Vaterschaftsurlaubs in der Verwaltung oder die Abschaffung lebenslanger Renten für Staatsrät*innen ein. Andere Projekte laufen noch – darunter mein Herzensprojekt: ein Jagdverbot für bedrohte Tierarten. Dazu durfte ich das Kantonsparlament präsidieren, wodurch ich die politischen Prozesse und Institutionen bestens kennenlernte. Dieses Amt hat mich auch gelehrt, eng mit allen Parteien zusammenzuarbeiten.

Nun stellt der Sitz im Nationalrat mein Leben auf den Kopf: neue Kräfteverhältnisse, ein hohes Tempo und viel Neues zu lernen – trotz meiner Jahre als parlamentarische Assistentin. Aber ich bin es ja gewohnt, Herausforderungen anzugehen.

Clarence Chollet
Nationalrätin NE

WECHSEL BEI DEN NEUENBURGER GRÜNEN IM BUNDESHAUS

Nach ihrer glanzvollen Wahl in den Neuenburger Staatsrat ist Céline Vara Ende April von ihrem Amt als Ständerätin in Bern zurückgetreten. Aufgrund des Proporzsystems im Kanton Neuenburg rückte Nationalrat Fabien Fivaz in die kleine Kammer nach. Das Sitzkarussell wurde durch den Einzug von Clarence Chollet in den Nationalrat komplettiert. Sie ist seit 2017 Mitglied des Neuenburger Kantonsparlaments und übernimmt den freiwerdenden Sitz von Fabien Fivaz. Im Juni erlebten die beiden ihre erste Session im neuen Amt.